

24 April 2024

Die Abstimmung des Europäischen Parlaments über PPWR ist ein Schritt zur Förderung ressourceneffizienter Verpackungen und zur Stärkung der Kreislauffähigkeit von Verpackungen

Heute hat das Europäische Parlament die vorläufige EU-Einigung über die Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR) gebilligt. Flexible Packaging Europe (FPE), der die Anbieter flexibler Verpackungen aller Materialien vertritt, begrüßt diesen wichtigen Schritt im Gesetzgebungsverfahren.

„Der PPWR stellt eine große Chance dar, den Abfall- und Ressourcenverbrauch von Verpackungen zu minimieren und gleichzeitig deren Kreislauffähigkeit zu erhöhen, sowohl durch tatsächliches Recycling als auch durch den verstärkten Einsatz von recycelten Kunststoffen“, sagt Jakob Mosser, Vorsitzender von Flexible Packaging Europe.

Mit der Entscheidung für eine Verordnung als Rechtsinstrument wird die Grundlage für einheitliche Regeln für alle Wirtschaftsbeteiligten im Binnenmarkt geschaffen. Es bleibt jedoch bedenklich, dass den Mitgliedstaaten die Freiheit eingeräumt wird, abweichende nationale Maßnahmen zu erlassen. Mehr als 50 % der Lebensmittel in der EU sind in flexiblen Verpackungen verpackt, was bedeutet, dass der gut funktionierende Fluss und die Versorgung mit solchen Lebensmitteln von klaren, kohärenten und konsistenten EU-Rechtsvorschriften abhängen.

Alle Verpackungen müssen bis 2030 recyclingfähig sein und bis 2035 in großem Umfang recycelt werden. Für flexible Verpackungen stellt dies eine große Herausforderung dar, die die Industrie bereit ist zu ergreifen. Dank der im Vergleich zum Kommissionsvorschlag verbesserten Fristen hat die Industrie mehr Rechtssicherheit, um darauf hinzuarbeiten, dass alle flexiblen Verpackungen von vornherein recycelbar sind.

Die angestrebte Recyclingquote von 55 % für "Folien/flexible Verpackungen" (und für andere Materialien und Kategorien) ist nun als Bedingung für den Marktzugang ab 2035 festgelegt. Die Industrie ist bereit, ehrgeizig zu sein, indem sie sicherstellt, dass alle flexiblen Verpackungen bis 2030 für die stoffliche Verwertung ausgelegt sind und ihren fairen Anteil an den Gebühren für die erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) zahlen. Die Mitgliedstaaten müssen jedoch den gleichen Ehrgeiz an den Tag legen, damit die Industrie das 55 %-Ziel erreichen kann, indem sie geeignete Infrastrukturen für die Sammlung und Verwertung solcher Verpackungen schaffen.

Verpackungen, die für die stoffliche Verwertung bestimmt sind, müssen gesammelt werden, während die Verbrennung und Deponierung solcher Verpackungen verboten wird. Dies ist eine dringend benötigte Anforderung an die Abfallwirtschaft, da die Industrie nur dann stofflich verwerten kann, wenn die Verpackungen ordnungsgemäß gesammelt werden. Das reicht jedoch nicht aus, da die Mitgliedstaaten immer noch die Möglichkeit haben, die Zielvorgaben für die stoffliche Verwertung zu verschieben und Organisationen für die Herstellerverantwortung (PRO) ohne Herstellermandat einzurichten, wodurch die EPR-Mittel in die allgemeinen Einnahmen und für allgemeine Ausgaben und nicht für Investitionen in Sammlung und stoffliche Verwertung umgeleitet werden können.

Die tatsächliche Verwertung wird es der Industrie auch ermöglichen, die Zielvorgaben für den Recyclinganteil von Kunststoffen in Verpackungen zu erfüllen. Solche Zielvorgaben werden begrüßt, da sie den Markt für Sekundärrohstoffe erweitern und das Potenzial fortschrittlicher Recyclingtechnologien erschließen, insbesondere für berührungsempfindliche Anwendungen.

Die Verringerung des Ressourcenverbrauchs ist eines der Ziele, die hinter den lang erwarteten verbindlichen Anforderungen an die Verpackungsminimierung stehen. Die Industrie für flexible Verpackungen hat sich voll und ganz der nachhaltigen Ressourcennutzung verschrieben und die Ressourceneffizienz zu ihrem Kernprinzip gemacht, da das Verhältnis von Verpackung zu Produkt sehr niedrig ist: 5 bis 10 Mal niedriger als bei alternativen Lösungen. Die Umstellung auf leichtere Verpackungen ist auch eine wichtige Maßnahme zur Vermeidung von Verpackungsabfällen, wie eine Studie des IFEU zeigt. Diese Szenarioanalyse zeigt, dass die Umstellung auf flexible Verpackungen dazu beitragen würde, das Gesamtgewicht der Primärverpackungen für Nicht-Getränke-FMCG in Europa um 21 Millionen Tonnen pro Jahr zu reduzieren, was einer Gesamtreduktion von 44 % entspricht. Und dies alles unter Berücksichtigung der Recyclingfähigkeit.

Jakob Mosser kommentiert den weiteren Weg: „Die Industrie für flexible Verpackungen freut sich nun auf die nächsten Schritte im Genehmigungsprozess. Nach der Veröffentlichung des PPWR beginnt die wichtige Phase der sekundären Gesetzgebung, und die Industrie drängt auf eine rechtzeitige Verabschiedung der detaillierten Vorschriften zu allen Nachhaltigkeitsanforderungen. Die FPE und ihre Mitglieder freuen sich darauf, unser Fachwissen auch weiterhin mit den politischen Entscheidungsträgern zu teilen und sie dabei zu unterstützen, eine ehrgeizige und durchsetzbare Verpackungsgesetzgebung zu erreichen, die eine ressourceneffiziente Gesellschaft unterstützt.“

Weitere Informationen:

Patrick Altenstrasser, Manager Communications (altenstrasser@flexpack-europe.org)

Über Flexible Packaging Europe

Flexible Packaging Europe (FPE) ist der Industrieverband, der die Interessen von mehr als 80 kleinen und mittleren Unternehmen sowie multinationalen Herstellern vertritt. Diese arbeiten mit über 57.000 Mitarbeitern an mehr als 350 Standorten in ganz Europa. Auf die Mitgliedsunternehmen entfallen mehr als 85 % des europäischen Umsatzes mit flexiblen Verpackungen aus verschiedenen Materialien, hauptsächlich Kunststoff, Aluminium und Papier. Mehr als die Hälfte aller auf den europäischen Einzelhandelsmärkten verkauften Lebensmittel sind in flexiblen Verpackungen verpackt.

Mehr Informationen unter www.flexpack-europe.org